

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Donnerstag (Nachmittag), 4. Juni 2020 / Jeudi après-midi, 4 juin 2020

Bau- und Verkehrsdirektion / Direction des travaux publics et des transports

43 2019.RRGR.377 Motion 304-2019 Knutti (Weissenburg, SVP)
Verbesserungen beim Neubau des Polizeizentrums Niederwangen
Richtlinienmotion

43 2019.RRGR.377 Motion 304-2019 Knutti (Weissenburg, UDC)
Améliorations à apporter au nouveau centre de police de Niederwangen
Motion ayant valeur de directive

Präsident. Wir kommen zu Traktandum Nummer 43, eine Motion des Grossrates Knutti: «Verbesserungen beim Neubau des Polizeizentrums Niederwangen». Dies ist eine Richtlinienmotion, wir befinden uns somit in der reduzierten Debatte, ich gebe das Wort dem Motionär, dem Grossrat Thomas Knutti.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Ich möchte mich für die positive Aufnahme dieser zwei Punkte bedanken, die wir hier beantragt haben. Es hat mich auch gefreut, dass der Regierungsrat bereit ist, die Forderung nach Schweizer Holz positiv zu beantworten, dass man nach Möglichkeit Schweizer Holz brauchen möchte. Der Auslöser dieses Vorstosses war aber ein anderer: Wir haben einmal die Siegerprojekte dieses neuen Polizeizentrums in Niederwangen vorgestellt bekommen. Dabei hat man uns veröffentlicht, dass bei diesem Polizeizentrum lediglich 100 Parkplätze für unsere Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung stehen werden. In der Antwort des Regierungsrates ist jetzt ersichtlich, dass es 525 Parkplätze geben soll, 325 Parkplätze werden eben für die Einsatzfahrzeuge gebraucht, und so bleiben lediglich 200 oder eben dann 175 Parkplätze für unsere Polizistinnen und Polizisten. Sie haben alle letzte Woche eine E-Mail bekommen des Polizeiverbandes, und dieser hat uns gebeten, die Abschreibung des Punktes 1 zu bestreiten. Ich bin auch der Meinung, dass 175 Parkplätze bei einer Belegschaft, geschätzte Anwesende, von 1300 Personen, die in diesem neuen Polizeizentrum Einsitz nehmen werden, zu wenig sind. Es gibt auch eine Berechnung des kantonalen Parkplatzreglements, und dort ist ganz klar erwähnt, dass der Grundbedarf an Parkplätzen in diesem Zentrum zwischen 365 und 400 Parkplätzen liegen muss.

Das Problem, wie ich eingangs gesagt habe, sind die Einsatzfahrzeuge. Unsere Polizistinnen und Polizisten sind darauf angewiesen, dass sie, wenn sie zu unregelmässigen Zeiten in den Einsatz müssen, Parkplätze haben. Innerhalb 24 Stunden werden sie dort arbeiten müssen. Selbstverständlich muss man auch den ÖV betrachten. Es soll angestrebt werden, dass diese Leute mit dem ÖV dahin kommen, aber auch da ist die Problematik auch noch nicht 100-prozentig gelöst. Auch da braucht es verschiedene Anpassungen. Wenn wir zu wenige Parkplätze haben für unsere Polizistinnen und Polizisten, kommt es teilweise zu wildem Parkieren rund um die Anlage des Polizeizentrums und das kann es nach unserer Auffassung auch nicht sein. Selbstverständlich müssen wir schauen, dass wir Kosten sparen können, aber wenn wir jetzt zu wenig Parkplätze zur Verfügung stellen in diesem Zentrum, dann kann uns dies früher oder später einholen. *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.)* Jawohl. Aus den genannten Gründen bitte ich Sie, den Punkt 1 nicht abzuschreiben, damit man dies noch einmal anschauen kann.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Als Erster für die BDP-Fraktion, Grossrat Franco Rappa.

Francesco Marco Rappa, Burgdorf (BDP). Die BDP-Fraktion hat diesen Vorstoss positiv-kritisch aufgenommen, diskutiert und für gut befunden. Die Antworten der Regierung waren aber bei der Entscheidungsfindung eher hinderlich und haben zu Fragen geführt. Warum? Auch innerhalb der Fraktion ist die Ziffer 1 in einer ersten Phase unterschiedlich beurteilt worden. Und dies, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist logisch. Es ist logisch, weil die Regierungsantwort diametral zum An-

liegen des Polizeivorstandes stand oder steht. Logisch ist es auch, weil das kantonale Parkplatzreglement klar definiert, wie viele Parkplätze für die Mitarbeitenden erstellt werden müssen. Wieso aber dann die zuständige Verwaltung die Einsatzfahrzeuge offensichtlich zu den Privatfahrzeugen zählt, entzieht sich der Kenntnis der BDP. Ist der Bock beim Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) zu suchen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen? Stellen Sie sich einmal vor, bei der Feuerwehr Bern müsste der einrückende Feuerwehrmann zuerst das Einsatzfahrzeug aus dem Parkplatz rausholen, auf den Vorplatz stellen, dann seinen PW auf den Platz des Einsatzfahrzeugs parkieren, um dann schlussendlich einen Einsatz fahren zu können. Bis dann ist das Gebäude, das brennt, wohl schon längst bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Leider haben wir von der Verwaltung keine erschöpfende Antwort bekommen. Die missverständlichen Parkplatzzahlangaben konnten nicht geklärt werden. Es scheint also fast klar, dass hier ein Berechnungs- oder ein Denkfehler im Raum steht. Der Bedarf der künftigen Nutzer ist definitiv viel höher, und so erlaube ich mir schon die berechnete Frage, wie seriös diese Abklärungen abgelaufen sind. Auch erlaube ich mir die kritische Frage, wie ernst die Anliegen der Polizei aufgenommen wurden.

Was uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, ebenfalls zu denken geben sollte, ist die Aussage des Vorstands des Polizeiverbandes Bern-Kanton (PVBK). Ich zitiere: «Sollte keine ausreichende Anzahl kostenpflichtiger Parkplätze zur Verfügung stehen, könnte dies dazu führen, dass sich die Mitarbeitenden auf eine eigene Initiative hin in der Umgebung Parkplätze anmieten, was schlussendlich zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen im Perimeter führt. Das versucht der PVBK zu vermeiden.» (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.*) Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre ein Armutszeugnis – ich komme zum Schluss –, es wäre auch begrüßenswert, wenn geprüft würde, ob zumindest ein Teil unterirdisch oder aufs Dach verlegt werden könnte, so wie es das Baugesetz des Kantons Bern (BauG), Artikel 18 auch definiert. Die BDP nimmt diese Motion ohne Abschreibung der Ziffer 1 an.

Katharina Baumann-Berger, Münsingen (EDU). Eine angemessene Anzahl Parkplätze, dies ist unsere Forderung, die Forderung der Motion. Die Polizei muss rund um die Uhr flink und flexibel den unterschiedlichsten oder misslichsten Umständen angepasst handeln können. Wir haben die Zahlen gehört: Auf unsere Intervention hin wurde die Anzahl inzwischen leicht erhöht – ein bisschen, ja, auf 175 Parkplätze – dies bei mehr als 1000 Arbeitsplätzen, die rund um die vielfältigen Polizeiaufgaben zu verteilen sind. Die Berechnungen nach kantonalem Parkplatzreglement (Leitfaden zur Berechnung der erforderlichen Anzahl Abstellplätze nach Art. 49 bis 56 BauV) – wir haben es gehört – ergeben aber einen ganz anderen Bedarf, nämlich um die doppelte Menge. Warum ist dies so? Oftmals sind wir zu spät. Die Projekte sind viel zu weit fortgeschritten. Dies hier ist aber nicht so. Es besteht noch die Möglichkeit, Korrekturen anzugehen. Warum man sich hier den Ast selbst absägen will, ist mir ein Rätsel. Wir brauchen Flexibilität und Umstände können sich rasch ändern. Ein Beispiel: Gerade aktuell in den heutigen Zeiten, wo die Benutzung von Privatfahrzeugen sogar bundesrätlich empfohlen wird. Die EDU-Fraktion bestreitet das Abschreiben des Punktes 1 und unterstützt selbstverständlich den gar nicht diskutierten Punkt 2.

Casimir von Arx, Köniz (glp). Zum Punkt 1: Formation Parkplätze – gefordert wurde eine angemessene Anzahl, damit sind wir einverstanden, wir nehmen diese Forderung an. Was angemessen ist, darüber kann man natürlich unterschiedlicher Meinung sein. Mehr Parkplätze sind auch ein Anreiz zum motorisierten Pendeln und eine Entmutigung für Alternativen wie Homeoffice oder, je nachdem, sogar eine Verlegung des Wohnsitzes. Die vorgesehene Anzahl Parkplätze erscheint uns deshalb angemessen und wir stimmen für die Abschreibung.

Dennoch habe ich Fragen an den Regierungsrat: Dieses E-Mail des PVBK wurde ja erwähnt. Und darin wird Bezug genommen auf ein kantonales Parkplatzreglement mit einem Bedarf von 365–400 Parkplätzen, ausserdem ist von Berechnungen die Rede, die bis auf ein Dreifaches dieser Zahl kommen. Das wären dann fast so viele Parkplätze wie Mitarbeitende, und hinter diese Berechnung würde ich ein Fragezeichen machen. Bleiben wir also bei 365–400 Parkplätzen. Auch der Regierungsrat beruft sich auf Rahmenbedingungen, und zwar auf die gesetzlichen. Meine Fragen sind: In welchem Verhältnis stehen das besagte Parkplatzreglement und die gesetzlichen Vorgaben? Dann: Sind die Parkplatzbandbreiten in der Bauverordnung des Kantons Bern (BauV) geeignet für Polizeizentren? Und vor allem: Sind die sogenannten zivilen Einsatzfahrzeuge in der genannten Zahl von 365 Parkplätzen enthalten oder sind dies reine Dienstfahrzeuge? Zum Holz: Wir nehmen Ziffer 2 an. Kurze Transportwege für das Baumaterial sind grundsätzlich vernünftig. Die beschaffungsrechtlichen Vorgaben müssen dennoch eingehalten werden, ausserdem haben wir gerade beim Campus

Biel gesehen, dass die Vorschrift, das Bauholz aus einer bestimmten Quelle zu beziehen, zu Mehrkosten führen kann. Dies gilt es auch hier zu bedenken. Aber die Formulierung «nach Möglichkeit» lässt genug Spielraum, um all dies zu berücksichtigen.

Noch eine Schlussbemerkung: Falls der Grosse Rat heute die Ziffer 2 annimmt und die Ziffer 1 nicht abschreibt, sich also für mehr Parkplätze ausspricht, rege ich an, dass man die zusätzlichen Parkplätze konsequenterweise aus Schweizer Holz baut.

Peter Sommer, Wynigen (FDP). Es wurde schon sehr vieles gesagt. Casimir von Arx hat fast das meiste gesagt, was ich auch sagen will. Es geht vor allem auch im Punkt 1 um diese Parkplätze, bei denen von den Motionären ins Feld geführt wird, dass in Bezug auf die gut 1000 Arbeitsplätze eben zu wenig Parkplätze vorhanden sind. In der Antwort der Regierung kann man dann lesen, dass gestützt auf die kantonale PP-Verordnung diese Parkplätze in Abhängigkeit der Geschossflächen geplant wurden und die Anforderungen damit erfüllt sind. Demgegenüber haben wir jetzt auch schon gehört, dass eben der PVBK, der sich zu Wort gemeldet hat, wieder andere Berechnungsweisen herangezogen hat, nämlich die des Parkplatzreglements, gemäss dem ein Grundbedarf von ca. 365–400 Parkplätzen erforderlich sei. Dies sind für uns zu viele Fragezeichen, wir werden also diesen Punkt 1 auch annehmen, aber die Abschreibung bestreiten.

Zum Punkt 2: Da wird verlangt, dass der Neubau nach Möglichkeit mit Schweizer Holz zu realisieren sei. Zum Glück haben die Motionäre diesen Einschub noch gemacht – nach Möglichkeit – sonst hätten wir diesen Punkt abgelehnt. So wird nämlich die Möglichkeit offengelassen – auch für andere Baustoffe, allfällige Kombinationen, Hybridbauweisen etc. Denn es macht nach unserem Dafürhalten keinen Sinn, einen Baustoff über das Mass zu favorisieren und ultimativ zu fordern, dass ein Projekt komplett in Holz ausgeführt werden soll. Casimir von Arx hat es vorhin auch angetönt. Das Resultat kennen wir anhand des Beispiels des Campus Biel.

Präsident. Für die Fraktion SP-JUSO-PSA, der Grossrat Reto Müller.

Reto Müller, Langenthal (SP). Das mit den Parkplätzen ist ein Dilemma, auch für die SP-JUSO-PSA-Fraktion. Der PVBK und sein Chef, Adrian Wüthrich (SP) finden, sie wären nicht genügend oder besser angehört oder erhört worden. Die BVE ginge in ihren Berechnungen aus Sicht des PVBK von Grundlagenirrtümern aus. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion will aber dennoch nicht à gogo Parkplätze schaffen oder fordert dann zumindest die dazugehörige Transparenz, damit der neue Standort auch klar als verkehrsintensives Vorhaben gelten würde und entsprechend in den Richtlinien mit Massnahmen zum Schutz reagiert werden müsste. Momentan rechnet man mit 1600 Zu- und Wegfahrten. Das ist schon gewaltig – pro Tag! Aber scheinbar rechnen wir jetzt eben alle individuell noch mit vielen Zufahrten mehr, die vom Personal generiert werden. Die Motion greift aus unserer Sicht zu kurz, wenn man nur die bessere Erschliessung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) einfordert. Wir wollen ja auch, dass der Kanton zwingend bei der Realisierung die Anbindung an den ÖV im Gebiet verbessert. Die heutigen Pläne sind aus unserer Sicht schlicht ungenügend, es braucht eine bessere Fussgängererschliessung, eine Brücke, eine bessere Erschliessung zum Bahnhof Niederwangen und auch bessere Anbindungen an den neuen – wohl auch so oder so verkehrsintensiven – Standort. Eine Mehrheit der SP-JUSO-PSA lehnt aus diversen, auch grundsätzlichen Haltungen die Schaffung von mehr Parkplätzen ab und damit eben auch den Punkt 1 der Motion. Der Punkt 2 ist unbestritten, aber wie wir schon von mehreren hier in diesem Saal gehört haben und notabene aus Biel wissen: Es kann teuer werden. Danke für die Kenntnisnahme.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). «Leider wurde beim geplanten Neubau der motorisierte Verkehr bisher falsch beurteilt», so der Motionär. Aber auch der Motionär hat die Zahlen falsch interpretiert oder sie wenigstens falsch beurteilt. Es geht nicht um 100 Parkplätze, sondern, wie er selbst auch schon korrigiert hat, um diese 175 Parkplätze, die für das Personal da sind. Knapp 500 m vom neuen Polizeigebäude entfernt befindet sich eine S-Bahn-Station: Niederwangen. Dort hat man viermal pro Stunde einen Zug in beide Richtungen. Man ist in 7 Minuten vom Hauptbahnhof Bern in Niederwangen. Man hat Züge von 5:20 Uhr Richtung Niederwangen bis 23:59 Uhr Richtung Bern ab Niederwangen. Und wem dann schlussendlich diese 500 m noch zu weit sind, um zu gehen, der kann gerne den Ortsbus nehmen, der auch vorhanden ist. Von diesen 1000 Angestellten sind nicht alle zusammen unregelmässig am Arbeiten, viele Leute gehen dort einem 8-bis-5-Job nach, diese können gut mit dem ÖV kommen. Zudem ist es allen jenen, die unregelmässig arbeiten, selbstverständlich freigestellt, auch in der Nähe zu wohnen. Aus diesen Punkten lehnt die grüne

Fraktion Punkt 1 klar ab. Punkt 2, es nach Möglichkeit aus Schweizer Holz zu realisieren: klar Schweizer Holz, klar PEFC-Holz, klar FSC-Holz, wie in der Antwort des Regierungsrates, da haben wir mit dem Motionär keine Differenzen. Darum stimmen wir dem Punkt 2 der Motion auch zu. Aber erlaubt mir noch rasch eine ganz persönliche Anmerkung ... *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.)* ... Vielen Dank. Schön wäre es, wenn die Motionäre, wenn sie für sich bauen, auch so vehement Schweizer Holz einfordern würden, wie sie dies hier im Grossen Rat tun.

Markus Wenger, Spiez (EVP). Die EVP-Fraktion freut es, dass Thomas Knutti moniert, dass man bei diesem Gebäude Schweizer Holz brauchen solle, wo dies möglich sei. Ein bisschen frustriert bin ich aber von den beiden Antworten, die wir heute Nachmittag hier in diesem Saal gehört haben, dass in Biel wegen des Schweizer Holzes die Kosten aus dem Ruder gelaufen seien. Das ist so nicht der Fall – überhaupt nicht! Wenn man für das ganze Gebäude, für die Haustechnik, schon so viel Geld des Kostenrahmens ausgibt, dass es vom Restbetrag gar keine Gebäudehülle mehr gibt, dann spielt es keine Rolle, aus welchem Material es ist, es ist einfach zu teuer. Also ich bitte Sie, diesen Irrtum zu klären. Biel lief nicht wegen des Holzes aus dem Ruder.

Beim zweiten Punkt geht es um diese Parkplätze. Wir haben gehört: mehr Parkplätze, mehr ÖV. Uns ist es wichtig, dass es genug Duschen hat, damit unsere Mitarbeiter, die mit dem Velo kommen, dann entsprechend duschen können, wenn sie verschwitzt zur Arbeit kommen. Selbstverständlich möchten wir auch genügend Parkplätze. Sie haben nun von verschiedenen Seiten einen Zahlensalat gehört. Wir von der EVP sind nicht mehr auf dem Laufenden, ob es nun reicht oder nicht. Ich bitte den Baudirektor hier noch Stellung dazu zu nehmen, was jetzt wirklich gilt und welche Zahlen richtig sind, damit wir dann entweder abschreiben können oder nicht. Diese beiden Punkte werden wir annehmen, einzig die Abschreibung ist auf der Kippe und wird sich entsprechend nach dem Votum unseres Baudirektors richten.

Alfred Bärtschi, Lützelflüh (SVP). Die Fraktion der SVP nimmt diese Motion in beiden Punkten an und bestreitet im Punkt 1 die Abschreibung. Die Regierung berechnet mithilfe des Leitfadens zur Berechnung der erforderlichen Anzahl Abstellplätze nach Artikel 49-56 der BauV diese Parkplätze. Demnach sollten die 175 Parkplätze für die Pendler, die zum Polizeizentrum fahren, genügen. Dies ist beispielsweise für Pikett-Notfälle oder diejenigen, die mitten in der Nacht Dienst haben, vor allem Pikett und so, nicht ganz einfach. Die Berechnung richtet sich nach der Geschossfläche. Aber ob bei diesem Objekt die Geschossfläche wirklich das Mass aller Dinge ist, bezweifeln wir sehr. Andere Berechnungen gehen via Mobilitätskonzept hingegen von gegen 400 Parkplätzen aus. Wir sind sicher, dass 175 Parkplätze zu wenig sind. Ich bitte Sie, geschätzter Herr Regierungsrat, doch noch einmal darüber zu schauen, wie viele es schlussendlich braucht – unabhängig vom allfälligen Abstimmungsergebnis. Wir von der SVP, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, nehmen diese Motion ganz klar an und bestreiten die Abschreibung.

Präsident. Das Wort hat Regierungsrat Neuhaus.

Christoph Neuhaus, Bau- und Verkehrsdirektor. Die Motionäre haben zweifelsfrei Recht. Im neuen Polizeizentrum braucht es genug Parkplätze, ein wenig daneben liegen sie mit der Anzahl der geplanten Parkplätze. Wir haben es gehört: Sie schreiben von 100 Parkplätzen, aber es sind 527 Parkplätze, die man im Augenblick plant. Die Polizei hat 540 Parkplätze bestellt. Ich gehe nicht davon aus, dass die Polizei dort ringsum wild parkieren wird, weil ansonsten muss dann die Polizei die Polizei büssen. Sie müssen aber auch wissen, dass mehr Parkplätze – und gerade auch unterirdische – höhere Kosten bedeuten. Und so wie ich die Polizei kenne – und diese macht eine wichtige Arbeit, aber die wird sie künftig nicht einfach in Niederwangen machen – es wird ja wahrscheinlich nicht so sein, dass diese 1300 Polizisten alle in Niederwangen irgendwo im Trockenen sitzen, mit dem Auto hinfahren, ins Trockene gehen und wieder nach Hause fahren. Sie sind häufig auch unterwegs. Wie viele Parkplätze wir machen dürfen, wie viele wir machen müssen, wird vom Recht, von der Parkplatzverordnung und von der BauV geregelt – wie das Fahrtenkontingent. Diese Zahl ist unabhängig von jeder Spekulation, diese Zahl ist abhängig von der Geschossfläche.

Wir gehen aufgrund von Erfahrungen davon aus, dass die geplante Anzahl genügen müsste. Wir sind daran, das entsprechende Konzept auszuarbeiten, in Zusammenarbeit mit der betroffenen Gemeinde, mit Köniz. Und der Herr Projektleiter der POM, der Herr ..., hatte wenig Freude an diesem E-Mail des Vorstands des PVBK. Ich kann nichts dazu sagen, denn ich habe es nicht gesehen.

Ich hätte es geschätzt, wenn man es an die BVE geschickt hätte, aber das muss der PVBK wissen. Was ich weiss, ist, dass sich die Polizistinnen und Polizisten einbringen für ihre Parkplätze, was ich aber auch weiss, ist, dass wir ihnen auch nicht unbegrenzt Parkplätze zur Verfügung stellen können. Ich bin froh um die Ausführungen zum öffentlichen Verkehr, ich bin froh, dass Sie auch verstehen, dass wir nicht heute, 2020, wenn dieses Polizeizentrum erst in ein paar Jahren kommt, einfach einen Bus leer hin und her fahren lassen werden. Und ab Bahnhof 500 m zu gehen – ein Weg –, dies dürfte bewältigbar sein – zumindest, wenn man eine Polizeirekrutenschule gemacht hat oder wenn man Regierungsrat ist. Der Regierungsrat beantragt darum die Annahme und die gleichzeitige Abschreibung der Ziffer 1. Wir haben kein Interesse daran, ein Polizeizentrum zu machen, zu dem die Polizisten dann am Schluss gar nicht hinkommen. Wir arbeiten daran, dass wir die nötige Anzahl Parkplätze haben.

Der Regierungsrat teilt auch die Einschätzung der Motionäre. Holz hat sehr viele positive Eigenschaften, und darum verbaut das AGG im Schnitt 1100 m³ Holz pro Jahr. Für Tragwerke, Materialisierung von Fassaden und Innenausbauten setzt man primär auf Holz. Natürlich befolgen wir auch die Vorgaben des Beschaffungsrechts, und im Ergebnis setzen wir viel Holz – auch Schweizer Holz – ein, das wird im Polizeizentrum gerade auch wegen des Bauuntergrundes entsprechend der Fall sein. Ich kann Grossrat Wenger beruhigen, nicht wegen des Holzes lief Biel aus dem Ruder, aber das zusätzliche Holz hat es nicht billiger gemacht. Der Regierungsrat empfiehlt Ihnen aus diesem Grund, Ziffer 2 in diesem Sinne anzunehmen, damit wir, wo immer wir Holz einsetzen können, Holz auch einsetzen.

Lassen Sie mich abschliessend zum Polizeizentrum Bern noch Folgendes ergänzen: Wir schauen das eine oder andere im Nachgang zu Biel noch an – und ich bin ja seit ein paar Monaten Baudirektor. Als die Planung des Polizeizentrums Bern angefangen hat, war noch nicht bekannt, dass man wegen der Motion Wüthrich (*M 138-2016*) zusätzliche 288 Vollzeitstellen im Polizeizentrum unterbringen will. Man will beispielsweise auch die Spezialeinheit Enzian von Ittigen nach Niederwangen zügeln. Auch wenn wir versuchen, jetzt alle Synergien auszuschöpfen, können wir nicht alle ins ursprünglich geplante Gebäude reinquetschen, und darum müssen wir ehrlich sein und im November mit einem Zusatzkredit zur Projektierung auf Sie zukommen.

Präsident. Wir kommen zur punktweisen Beschlussfassung. Traktandum Nummer 43: die Motion von Thomas Knutti, «Verbesserung beim Neubau des Polizeizentrums Niederwangen». Wer die Ziffer 1 als Motion annimmt, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.377, Ziff. 1)

Vote (2019.RRGR.377; ch. 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 111

Nein / Non 39

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben die Ziffer 1 angenommen, mit 111 Ja-Stimmen zu 39 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen. Wir kommen zur Frage der Abschreibung. Wer die Ziffer 1 abschreiben will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.377; Ziff. 1; Abschreibung)

Vote (2019.RRGR.377; ch. 1; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 70

Nein / Non 80

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben diese Ziffer nicht abgeschrieben, mit 80 Nein-Stimmen zu 70 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

(Der Präsident möchte mit Traktandum 44 weiterfahren, wird aber von vielen Stimmen aus dem Saal darauf aufmerksam gemacht, dass über Ziffer 2 noch nicht abgestimmt wurde. / Le président propose de poursuivre avec le point 44 à l'ordre du jour, mais de nombreuses voix dans la salle lui signalent que le chiffre 2 n'a pas encore été mis aux voix.)

Präsident. Selbstverständlich, Entschuldigung. Schneller als man denkt, hiess es vor ein paar Jahren. Zu Ziffer 2 des Geschäfts 43, ich entschuldige mich: Wer die Ziffer 2 dieser Motion annehmen möchte, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.377; Ziff. 2)

Vote (2019.RRGR.377 ; ch. 2)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 142

Nein / Non 8

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben die Ziffer 2 angenommen, mit 142 Ja- zu 8 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.